



SOZIALDEMOKRATISCHE PARTEI DEUTSCHLANDS
LANDESVERBAND BERLIN

Berlin 21 – Netzwerk für Nachhaltige Entwicklung
Greifswalder Straße 4
10405 Berlin
Per E-Mail an:
www.berlin21.net

Kurt-Schumacher-Haus
Müllerstraße 163
13353 Berlin

LANDESGESCHÄFTSFÜHRER
Fon: 030 - 4692-141/144
Fax: 030 - 4692-166
dennis.buchner@spd.de

Hotline: 030 - 4692-222
www.spd-berlin.de

Berlin, 14.09.2016

Ihre Anfrage: Wahlprüfsteine

Sehr geehrte Frau Paust-Lassen,

gern beantworten wir Ihnen Ihre Wahlprüfsteine im Vorfeld der Wahlen zum Berliner Abgeordnetenhaus am 18. September 2016.

Grundsätzliche Fragen

Welche konkreten Maßnahmen werden Sie in der nächsten Wahlperiode (i.d.n.W.) zur Erfüllung der UN-Sustainable Development Goals fordern und umzusetzen versuchen?

Die SPD steht hinter den UN-Zielen zur nachhaltigen Entwicklung und setzt sich für ihre Umsetzung ein. Die UN-Sustainable-Development-Goals weisen den Weg zu einer gerechten Entwicklung der voranschreitenden Globalisierung und dienen uns als Kompass beim Kampf gegen Armut und Ungleichheit und für eine nachhaltige Wirtschafts- und Klimaschutzpolitik.

Auf Initiative der SPD wurde das Berliner Vergaberecht reformiert, Sozial- und Umweltstandards wurden als Vergabekriterien in das Gesetz aufgenommen. Die Anwendung der ILO-Kernarbeitsnorm ist in Berlin heute genauso eine Verpflichtung der Auftragnehmer der öffentlichen Hand als auch die Einhaltung des Berliner Mindestlohns bei der Bezahlung der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter sowie die Förderung von Frauen.

Die SPD setzte gegen den Wunsch des Koalitionspartners CDU die Beibehaltung der Umwelt- und Sozialstandards als Vergabekriterium im Berliner Vergaberecht durch und erhöhte zudem erfolgreich den im Vergabegesetz geregelten Mindestlohn.

Die SPD setzt sich dafür ein, dass die öffentliche Hand bei der Einhaltung der Umwelt- und Sozialstandards in allen Bereichen Vorbild wird und bleibt.

In der Enquete-Kommission „Neue Energie für Berlin“ hat sich die SPD aktiv für eine nachhaltige Stadtentwicklung und Energiepolitik eingesetzt. Wir werden die fortschrittlichen Beschlüsse der Enquete-Kommission in den kommenden Jahren zur Grundlage unserer Energiepolitik machen und so dazu beitragen, dass die ambitionierten globalen Klimaschutzziele erreicht werden können. Berlin hat als Metropole eine besondere Verantwortung und Vorbildfunktion.

Auf Initiative der SPD hat sich daher das Land Berlin zum Ziel gesetzt, bis 2050 klimaneutral zu werden, d. h. für Berlin eine Reduzierung der Kohlendioxidemissionen um 85 Prozent gegenüber 1990.

Die SPD setzt sich dafür ein, dass das Berliner Energie- und Klimaschutzprogramm 2030 (BEK 2030) mit dem dahinterliegenden Maßnahmenkatalog zügig umgesetzt wird. *(siehe hierzu auch „Vorlage – zur Beschlussfassung – Berliner Energie- und Klimaschutzprogramm 2030 – Umsetzungszeitraum 2016 - 2020 Drucksache 17/2987)*

Daneben setzt sich die SPD für eine nachhaltige Wirtschaftsentwicklung und für menschenwürdige Arbeit ein sowie für einen verantwortungsvollen Konsum. Zur nachhaltigen Wirtschaftsentwicklung gehört auch, dass wir für Berlin neue Ansätze der Mobilität einführen wollen, hierzu gehört die Entwicklung einer Smart City genauso wie die Förderung der gewerblichen Elektromobilität und Fahrradverkehrs. Menschenwürdige Arbeit beginnt für uns mit dem Mindestlohn und führt über die Wahrung und Absicherung guter Arbeitsbedingungen auch in neuen Wirtschaftsbereichen zu einer Verbesserung der Situation der ärmeren Bevölkerung. Wir wollen, dass das Einkommen des ärmsten Teils der Bevölkerung deutlich schneller steigt, als im Durchschnitt der Gesamtbevölkerung.

Das Ziel ist für Deutschland insgesamt eine große Herausforderung und kann nicht von Berlin allein gelöst werden. Daher zielen wir mit unserer Sozialpolitik auch auf die Reduzierung bzw. Verstetigung der Kosten der ärmeren Menschen und setzen uns für eine Regulierung der Mieten ein.

Unser Ziel ist es, dass auch im Berlin der Zukunft in allen Stadtteilen eine Mischung der gesellschaftlichen Gruppen wohnt und Berlin integriert bleibt. Wir stehen für einen integrativen Ansatz – für ein Für- und Miteinander.

Welche Maßnahmen werden Sie zur strukturellen Umsetzung des Weltaktionsplans für Bildung für Nachhaltige Entwicklung (WAP BNE) in Berlin ergreifen?

Die SPD setzt sich dafür ein, dass die Kita als erste Bildungseinrichtung allen Kindern offen steht. Wir setzen in der Kinderbetreuung auf den Dreiklang aus Kita-Ausbau, Qualitätsverbesserung und Gebührenfreiheit. Nachdem wir die letzten drei Kita Jahre 2011 beitragsfrei gestellt haben, wollen wir die Kita-Gebühren auch für die ersten drei Kita-Jahre komplett abschaffen. Wir wollen gebührenfreie Bildung von der Kita bis zur Hochschule.

Gerade ärmere Menschen können häufig ihre Kinder nicht so stark unterstützen bei z. B. Hausaufgaben oder Nachhilfe, wie das wohlhabendere Menschen können. Daher wollen wir diesen Nachteil ärmerer Kinder durch gute frühkindliche Förderung und kostenfreie Kitas ausgleichen. Damit alle Kinder bei der Einschulung über gute Sprachkenntnisse verfügen, damit alle Kinder die breite Palette der Bildungsangebote besser wahrnehmen können, unabhängig davon, welcher Herkunft sie haben. Wir wollen Familien entlasten und gute Bildung von Anfang an.

Wie bewerten Sie aus heutiger Sicht die im Beschluss des Berliner Abgeordnetenhauses vom 08.06.2006 (Drucksache 15/5221) formulierten Handlungsziele für Berlin? Welche Handlungsziele wurden in den letzten 10 Jahren erreicht und welche Maßnahmen wurden umgesetzt? Für welche Handlungsfelder sind aufgrund der Entwicklungen in der Stadt Überprüfungen und ggf. Neufestsetzungen erforderlich?

Warum wurde in der 17. Wahlperiode der in der obigen Drucksache beschlossene und ab 2009 geltende Berichtszeitraum nicht eingehalten und warum wurde 2014 kein Bericht eingefordert?

Welche Wertigkeit messen Sie den vom Senat 2011 neu formulierten Kernindikatoren bei, die nur teilweise den konkreten Zielsetzungen des Abgeordnetenhausbeschlusses vom Juni 2006 entsprechen? Wie müssten die Kernindikatoren zum Erreichen der Ziele gemäß AvB-Beschluss verändert oder erweitert werden?

Die SPD hat sich im Jahr 2006 intensiv dafür eingesetzt, dass der Beschluss vom 8. Juni 2006 (Drucksache 15/5221) zustande kam. Die SPD hat sich erfolgreich dafür eingesetzt, dass die Ziele der Lokalen Agenda 21 als Querschnittsaufgabe in allen Ressorts Grundlage des Senatshandelns ist. Eine weitere Gesamtberichterstattung zur Lokalen Agenda 21 war damit nicht mehr notwendig.

Der Senat hat in Kooperation mit dem Amt für Statistik Berlin-Brandenburg den ersten Datenbericht zu den Kernindikatoren zur nachhaltigen Entwicklung Berlins im September 2012 vorgelegt. Die SPD hat sich auch bei ihrem Engagement in der Enquete-Kommission Neue Energie für Berlin von den Kernzielen der Lokalen Agenda 21 leiten lassen.

Der Beschluss der Enquete Kommission zeigt, dass das Abgeordnetenhaus weitestgehend einstimmig den Leitgedanken der Lokalen Agenda 21 in Bezug auf den Klimaschutz folgt und weiterentwickelt hat. Die Agenda 21 Berlin wurde zur Leitidee der künftigen Landespolitik gemacht und findet sich in vielen Berichten des Senats wieder. Die SPD will ein soziales Mit- und Füreinander, das beinhaltet aktive Quartiere mit hoher Bürgerbeteiligung.

Fragen zu ausgewählten Einzelthematiken

Welche konkreten Maßnahmen wollen Sie i.d.n.W. für gesundheitsfördernde ökologische Maßnahmen umsetzen?

Gute Gesundheit ist eine wesentliche Bedingung für soziale, ökonomische und persönliche Entwicklung und entscheidender Bestandteil der Lebensqualität. Ziel unserer Gesundheitsförderung ist Chancengleichheit auf dem Gebiet der Gesundheit. Die Verantwortung dafür liegt nicht nur bei dem Gesundheitssektor, sondern bei allen Politikbereichen. Unsere Ziele sind u.a.:

- die Weiterentwicklung der guten Gesundheitsversorgung u.a. durch die Stärkung des erfolgreichen Berliner „Aktionsprogramm Gesundheit“
- die Nutzung des Programms „Soziale Stadt“ zur Stärkung der Kieze
- die Intensivierung der Städtepartnerschaften Berlins im Bereich ökologische Stadtentwicklung, die Berücksichtigung ökologischer Aspekte beim Wohnungsneubau
- der Schutz klimatisch wirksamer Flächen wie Kaltluftschneisen, die Gründach-Initiative
- die verstetigte Sanierung von Spielplätzen, die Unterstützung des Urban Gardenings
- die Bereitstellung ausreichender Flächen für Kleingärten, der Ausbau des Freiwilligen ökologischen Jahres
- sowie verstärkte Kontrollen durch das Berliner Landesamt für Arbeitsschutz, Gesundheitsschutz und technische Sicherheit.

Welche Maßnahmen wollen Sie unternehmen, um den sozialen Zusammenhalt in Berlin zu stärken?

Die Frage des sozialen Zusammenhalts ist für die SPD eine Kernaufgabe unserer Politik. Wir wollen ein Für- und Miteinander aller gesellschaftlichen Kräfte und eine Integration nicht nur von Neuhinzuziehenden sondern auch von sozial schwächeren Bevölkerungsgruppen. Wir finden uns nicht damit ab, dass sich Menschen abgehängt fühlen, wir wollen dass sich alle Menschen in Berlin wohl fühlen können. Hierzu gehört für uns z.B. ein umfassender Mieterschutz, eine intensive Hilfestellung für Familien und Alleinerziehende durch beispielsweise die gebührenfreie Bildung von der Kita bis zur Hochschule.

Gerade vor dem Hintergrund notwendiger Investitionen für den Klimaschutz wird die soziale Frage noch einmal neu aufgeworfen. Wir wollen, dass sich die Menschen durch energetische Gebäudesanierungen besser stellen, einer Verdrängung von Mieterinnen und Mietern erteilen wir eine Absage. Wir wollen die Berliner Energiewende sozialverträglich gestalten.

Welche Maßnahmen wollen Sie unternehmen, um in Berlin die Photovoltaik und die Solarthermie voranzubringen (Berlin liegt im Ländervergleich an vorletzter Stelle)?

Die SPD setzt sich dafür ein, dass Berlin seine großen Solarpotenziale für die Nutzung von Photovoltaik und Solarthermie auf Dächern und an Fassaden nutzt. Wir setzen uns dafür ein, dass der Ausbau vorangetrieben wird, insbesondere sollen Gebäude der öffentlichen Hand, der landeseigenen Unternehmen die solarthermische Nutzung von Dächern und Fassaden planen und realisieren, damit sie als Multiplikator und Vorbild wirken. Auch private und gewerbliche Gebäudeeigentümer wollen wir dazu anhalten, vorhandenes Potential zu identifizieren und Photovoltaik und Solarthermie Anlagen zu bauen.

Welche konkreten Maßnahmen wollen Sie umsetzen, um den klimafreundlichen Verkehr gegenüber dem motorisierten Individualverkehr zu stärken?

Die SPD setzt sich für die Vermeidung des motorisierten Straßenverkehrs für die Bereiche ein, wo er nicht zwingend notwendig ist. Da wo motorisierter Verkehr nicht zu vermeiden ist, setzen wir verstärkt auf Elektromobilität. Die landeseigene Hafengesellschaft Behala hat gemeinsam mit der TU-Berlin z. B. bereits ein elektrobetriebenes Schubschiff entwickelt und betreibt einen Elektro-LKW mit Straßenzulassung am Westhafen. Auf diesen Innovationen wollen wir aufbauen und die Elektromobilität weiter ausbauen. Daneben fördern wir den gewerblichen und freizeitorientierten Fahrradverkehr.

ÖPNV, Fuß- und Radverkehr, Taxen und Car-Sharing auf Basis regenerativer Energien bilden als Umweltverbund den Kern des Mobilitätsnetzes, das einen gleichberechtigten und barrierefreien Zugang zu Mobilität gewährleistet. Das Schwergewicht unserer Mobilitätspolitik liegt auf dem Ausbau des Umweltverbundes, also des ÖPNV und eines attraktiven Fuß- und Radwegenetzes bei gleichzeitiger Sanierung und Instandsetzung des vorhandenen ÖPNV-Netzes. Beim knappen öffentlichen Raum hat der Umweltverbund für uns Vorrang.

Die SPD setzt sich für gemischte Quartiere und wohnstandortnahe Freizeit- und Arbeitsstätten ein. Zur Stärkung des wohnortnahen Einzelhandels haben wir das Gesetz zur Einführung von Standortgemeinschaften verabschiedet. Darauf aufbauend wollen wir die Rahmenbedingungen so gestalten, dass wir kurze Wege in der kieznahen sozialen Infrastruktur und beim Einkaufs- und Freizeitverkehr erreichen. Dafür wollen wir auch den öffentlichen Nahverkehr und die Fahrradwege weiter ausbauen. In neuen Stadtquartieren sollen von Anfang an attraktive Fußwegeverbindungen geschaffen und von guten Fahrradwegen und guter ÖPNV Erschließung ergänzt werden. Die SPD setzt sich auch für eine Verringerung der Emissionen durch den dieselbetriebenen Schiffsverkehr in Berlin z.B. durch den Einbau von Filtern oder einem Elektroantrieb ein.

Welche Aktivitäten werden Sie unternehmen, um Brandenburg zu einem schnellen Ausstieg aus der Braunkohle zu bewegen (bis spätestens 2025)?

Die Berliner SPD setzte sich dafür ein, dass das Land Brandenburg einen schnellen Ausstieg aus der Braunkohle befürwortet. Bisher leider ohne Erfolg. Die SPD strebt an, die Nutzung der Braunkohle in Berlin bis zum Jahr 2020 und die Nutzung der Steinkohle bis zum Jahr 2030 zu beenden. Wir wollen zur Reduzierung der Treibhausgase beitragen, indem wir uns für einen Brennstoffwechsel in den Heizkraftwerken Klingenberg und Moabit, Reuter und Reuter West einsetzen.

Welche Schritte werden Sie unternehmen, um den Schutz und die Förderung des Kleingartenwesens in der Berliner Verfassung festzuschreiben und ebenso den Bestand an Kleingärten als Dauerkleingartenanlagen im Flächennutzungsplan bzw. Bebauungsplan zu erreichen?

Kleingärten sind aus Sicht der SPD sinnstiftende Freizeitbeschäftigung und wichtiger Erholungsraum für die Berlinerinnen und Berliner. Wir wollen das Berliner Kleingartenwesen erhalten. Auch in einer wachsenden Stadt werden wir in ausreichendem Maße Flächen für Kleingärtnerinnen und Kleingärtner bereithalten und planungsrechtlich absichern. Den betroffenen Kleingärtnerinnen und Kleingärtner der im Stadtentwicklungsplans (StEP) Wohnen als Potenzialflächen für den Wohnungsbau ausgewiesenen Anlagen wollen wir Planungssicherheit geben und unterstützen sie bei der Suche nach neuen Kleingärten. Wir schaffen eine nachhaltige Stadt. Mit uns bleibt Berlin eine Stadt mit vielen Grünflächen.

Wie viele bezahlbare Sozialwohnungen will Ihre Partei in der 18. Wahlperiode bauen lassen?

Die SPD setzt sich für die Versorgung insbesondere von Haushalten mit niedrigeren Einkommen mit dauerhaft preisgünstigeren Wohnungen als frei finanzierte Wohnungen. Wir wollen hierfür das Landeswohnraumgesetz novellieren und ein einkommensorientiertes Mietenmodell für den verbleibenden Bestand geförderter Wohnungen einführen.

Die SPD hat sich bereits erfolgreich dafür eingesetzt, dass sich in der letzten Legislaturperiode die Zahl der landeseigenen Wohnungen durch Neubau und Zukäufe von 270.000 auf über 300.000 erhöht hat. Wir wollen den Bestand bis spätestens 2026 auf 400.000 Wohnungen bei den landeseigenen Gesellschaften anheben.

Aufgrund mehrerer empirischer Untersuchungen ist die Berliner Verwaltung die schlechteste aller Bundesländer. Was wollen Sie i.d.n.W. konkret unternehmen, um diesen Misstand zu beseitigen?

Die SPD hat in den vergangenen Jahren viele Impulse zur Modernisierung der Berliner Verwaltungen gegeben. So wurde z.B. der einheitliche Ansprechpartner erfolgreich mehrsprachig aufgesetzt, ein Online-Formularservice eingeführt, Ordnungsämter eingeführt und die Bürgerämter neu aufgestellt.

Die SPD setzt sich dafür ein, dass die Verwaltungen die ihnen zugewiesenen Aufgaben auch vor dem Hintergrund einer wachsenden Stadt sowie dem demografischen Wandel, langfristig

bewältigen können. Wir wollen hierfür eine angemessene qualitative und quantitative Personal- und Finanzausstattung – im Land und den Bezirken herstellen.

Was werden Sie konkret dafür tun, dass junge, teilweise minderjährige verheiratete Migrantinnen mit und ohne Kindern in einen Bildungs- und Ausbildungsprozess integriert werden können, um ihnen ein selbständiges Leben unabhängig von den Einkünften des Mannes zu ermöglichen?

Die Teilhabe von Migrantinnen ist eine Zukunftsfrage. Wir setzen uns dafür ein, dass alle Frauen ein selbstbestimmtes Leben führen können und am gesellschaftlichen Leben teilhaben. Bevormundung dürfen wir nicht hinnehmen. Partizipationsangebote, Vereine und Nachbarschaftsprojekte wollen wir genauso stärken wie auch das Landesrahmenprogramm Integrationslotsinnen und -lotsen, um so Brücken in die aktive Teilhabe am sozialen Leben zu bauen.

Für eine gelingende Integration ist der Ausbau unserer sozialen Infrastruktur unerlässlich. In Kita, Schule und Ausbildung muss den besonderen Bedürfnissen von jungen Geflüchteten an Sprachförderung, psychologischer und sozialpädagogischer Betreuung Rechnung getragen werden. Familienzentren und Angebote der Jugendarbeit als offene Begegnungsorte für Kontakte und Kennenlernen im Sinne der Nachbarschaftshilfe und Jugendbegegnung werden wir deshalb stärken und ausbauen.

Minderjährige junge Geflüchtete, die ohne Eltern zu uns kommen, brauchen unseren besonderen Schutz und unsere Fürsorge. Deshalb werden wir die Anzahl unserer Erstaufnahmeplätze im Rahmen der Inobhutnahme weiter ausbauen und für ein qualifiziertes und zeitnahes Clearingverfahren Sorge tragen. Viele Berlinerinnen und Berliner sind bereit, Verantwortung für minderjährige Geflüchtete zu übernehmen.

Deshalb werden wir die Schulung und Fortbildung von ehrenamtlichen Vormündern weiter ausbauen und Patenschaftsprojekte auch für diese Zielgruppe ausweiten. Die Jugendämter müssen im Rahmen der Hilfen zur Erziehung ausreichend in die Lage versetzt werden, eine jugendhilfegerechte Unterbringung und Betreuung zu gewährleisten.

Mit freundlichen Grüßen



Dennis Buchner
Landesgeschäftsführer